

.....  
(Jugendhilfe - Einrichtung)

.....  
(Adresse / Telefon / E- Mail)

1. Ich/wir ..... (Name der sorgeberechtigten Person/en bin/sind für .....  
(Name des zu betreuenden/betreuten jungen Menschen/nachfolgend mit Vornamen- Anfangsbuchstaben abgekürzt) sorgeberechtigt.  
Ich/wir beantragen eine gerichtliche Genehmigung für folgende „freiheitsentziehenden Maßnahmen“, die in Reaktion auf deren/des-  
sen körperlichen Angriffs oder auf deren/dessen Beschädigung von Sachgütern erheblichen Werts wahrscheinlich erforderlich werden:

- am Boden Fixieren mit körperlichem Einsatz  Festhalten an Händen und Armen  Einsatz eines Sicherungsriffes  
 andere als „freiheitsentziehend“ (§ 1631b II BGB) in Betracht kommende Maßnahmen der Gefahrenabwehr:  
.....

Diese Maßnahme/n werden auf der Grundlage des letzten, mit dem zuständigen Jugendamt durchgeführten Hilfeplangesprächs von  
den Fachleuten, insbesondere der Einrichtung, mit Wahrscheinlichkeit „über einen längeren Zeitraum oder regelmäßig in nicht  
altersgerechter Weise“ für erforderlich gehalten.

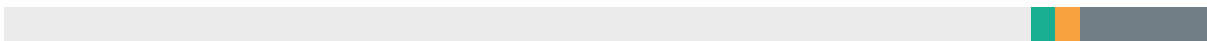
Das Hilfeplangespräch und eine Risikoanalyse der Einrichtung haben ergeben, dass ... in erheblichem Umfang so aggressiv und  
uneinsichtig ist, dass während der Betreuung in der Einrichtung sowohl pädagogisch begründbare/legitime pädagogische Grenzsetzun-  
gen mit körperlichem Einsatz (z.B. kurzfristiges Festhalten damit zugehört wird) als auch Maßnahmen der Gefahrenabwehr (akute  
Fremdgefährdung) in Reaktion auf körperliche Angriffe oder auf Beschädigungen von Sachgütern erheblichen Werts wahrscheinlich  
zu erwarten sind. Pädagogische Grenzsetzungen mit körperlichem Einsatz sind „altersgerecht“ und daher nicht genehmigungspflich-  
tig, sodass sich dieser Antrag auf die beschriebene/n „freiheitsentziehende/n Maßnahme/n“ erstreckt, die die Einrichtung bei akuter  
Fremdgefährdung der/s ... voraussichtlich „über einen längeren Zeitraum oder regelmäßig“ verantworten wird.

Der konkrete Eintritt einzelner Situationen, in denen ... akut fremdgefährlich ist, ist nicht vorhersehbar und daher nicht planbar. Somit  
kann insoweit kein rechtzeitiger Genehmigungsantrag im Einzelfall gestellt werden. Mithin bleibt nur dieser Weg eines generellen  
Antrags.

Zugleich beauftrage/n ich/wir die Einrichtung, diesen Antrag dem zuständigen Amtsgericht vorzulegen. Ich/Wir werden die  
Einrichtung über wichtige Entwicklungen und Ergebnisse unverzüglich in Kenntnis setzen.

2.  **Da sorgeberechtigte Personen zurzeit nicht erreichbar sind, beantragt die Einrichtung die vorbeschriebenen Maßnah-  
men aus Gründen der Eilbedürftigkeit unmittelbar selbst.**

.....  
(Unterschrift Sorgeberechtigte/r bzw. Einrichtungsleitung / Ort / Datum)



## Anhang „Bestätigung durch ärztliches Zeugnis“

.....  
(Name, Vorname, Geburtsdatum)

.....  
(Wohnanschrift, / gegenwärtiger Aufenthaltsort des/der Patienten/in)

Der letzte Untersuchungstermin war am: .....

Der/die Betroffene konsultiert mich als Hausarzt/Facharzt seit .....

- Die Begründung der Einrichtung hinsichtlich des Erfordernisses "freiheitsentziehender Maßnahmen" (§ 1631b II BGB) wird auf der Grundlage folgender ärztlicher Erkenntnisse für schlüssig erachtet: .....

.....  
.....  
.....  
.....  
.....  
.....  
.....  
.....  
.....  
.....

.....  
(Unterschrift der/s Ärztin/ Arztes / Ort / Datum)